

# «Beide Staaten bleiben eng verknüpft»

**BERN.** Am 9. Juli will sich der Südsudan für unabhängig erklären. Obwohl der Status der umstrittenen Region Abyei offen und viele weitere Fragen ungeklärt sind, glauben Martina Santschi und David Lanz von der Stiftung Swisspeace nicht an ein Scheitern.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHMID

*Der Nordsudan ist am 21. Mai in die auch vom Südsudan beanspruchte Region Abyei einmarschiert. Am Montag haben sich die beiden Parteien nun auf einen Truppenrückzug aus Abyei geeinigt. Wie beurteilen Sie diese Einigung?*

**David Lanz:** Nach der Eskalation der letzten Wochen ist die Einigung ein positives Entspannungssignal. Offenbar kam sie durch Vermittlung des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki zustande. Auch die USA und die Afrikanische Union haben sich dafür eingesetzt. Die Einigung ist also auch ein Zeichen für den Erfolg der internationalen Bemühungen zur Konflikteindämmung im Sudan. Allerdings ist Vorsicht geboten: Der Nordsudan scheint nur dem Grundsatz eines Abkommens zugestimmt zu haben. Die Details müssen noch verhandelt werden. Der Massstab muss also die Umsetzung des Truppenrückzugs sein.

*Was wollte der Nordsudan mit dem Einmarsch in Abyei erreichen?*

**David Lanz:** Nordsudan hatte erklärt, die Besetzung sei eine Reaktion auf einen Überfall, bei dem vor zwei Wochen 20 nordsudanesischen Soldaten getötet wurden. Der wahre Grund dürfte aber gewesen sein, dass der Norden in Abyei Fakten schaffen wollte, um sich in eine günstige Situation für Verhandlungen mit dem

zu zeigen, dass keine weiteren Sezessionen geduldet werden.

*Teil der Einigung ist auch die Entsendung äthiopischer Friedenstruppen. Würde das für eine dauerhafte Entspannung in Abyei sorgen?*

**David Lanz:** Die Entsendung wäre ein wichtiger Schritt. Damit würde eine militärische Eskalation in Abyei weniger wahrscheinlich. Eine dauerhafte Entspannung bedingt allerdings ein umfassendes Abkommen zwischen Nord- und Südsudan über den Status von Abyei. Auch müsste eine Lösung gefunden werden, die den Bedürfnissen der Lokalbevölkerung entspricht – der nomadischen Misseriya wie der südsudanesischen Dinka-Ngok. Davon sind wir leider in weiter Ferne.

*Das internationale Schiedsgericht in Den Haag hat einen Grenzverlauf in Abyei vorgeschlagen. Weshalb lehnte der Nordsudan den Vorschlag ab?*

**David Lanz:** Eine gängige Erklärung lautet, dass es um die Ölvorkommen in Abyei gehe. Diese greift aber zu kurz, weil in Abyei relativ wenig Öl gefördert wird und das Schiedsgericht die grössten Ölfelder dort dem Norden zugesprochen hat. Ausschlaggebend ist etwas anderes. Die in Abyei ansässige Volksgruppe der Dinka-Ngok hat im Bürgerkrieg gegen den Norden gekämpft. Die nomadischen Misseriya, die auf der Seite des Nordens stehen, nutzen die Region um Abyei jeweils während der Trockenzeit als Weideland und befürchten, den Zugang dazu zu verlieren, wenn Abyei zum Südsudan gehören würde. Beide Volksgruppen haben in der südsudanesischen Hauptstadt Juba beziehungsweise in Khartum grossen Einfluss. Ein Kuhhandel zwischen den Regierungen des Nordens und des Südens ist deshalb kaum möglich, weil diese Volksgruppen ihr Veto einlegen würden.

*Bis zur Unabhängigkeit Südsudans am 9. Juli sollten viele offene Fragen geklärt werden. Welche Fortschritte wurden bei diesen Fragen erzielt?*

**David Lanz:** Wie gesagt ist die in Addis Ababa erreichte Einigung ein wichtiges Entspannungssignal. Bei den anderen offenen Fragen – Aufteilung von Öleinnahmen, Auslandsschulden und Nilwassernutzungsrechte, Umgang mit der Währung, Status der im

Norden lebenden Südsudanesen – haben die Verhandlungen bisher zu keinem Durchbruch geführt. Es ist fraglich, ob eine umfassende Lösung vor der Unabhängigkeit Südsudans gefunden wird.

*Bergen denn die vielen ungelösten Fragen nicht grosses Konfliktpotenzial?*

**David Lanz:** Eine Einigung in diesen Fragen würde natürlich für mehr Stabilität sorgen. Aber beide Staaten werden auch nach dem 9. Juli noch eng miteinander verknüpft sein, weil 80 Prozent des Öls im Süden gefördert werden, die einzige Pipeline für den Export aber durch den Norden verläuft. Und da beide Seiten existenziell auf die Öleinnahmen angewiesen sind, haben sie kein Interesse, diese durch einen neuen Konflikt zu gefährden. Aber natürlich gibt es keine Garantie, dass nicht doch eine neue Gewaltspirale in Gang kommt.

*Wie geht der Aufbau des neuen Staates Südsudan voran?*

**Martina Santschi:** Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 2005

hat sich viel verändert. Aber man darf nicht vergessen, dass der Südsudan, der 15-mal so gross wie die Schweiz ist, nach dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg praktisch bei null anfangen musste. Staatliche Grunddienstleistungen sind deshalb weiterhin oft nicht gewährleistet oder werden von

leute fehlen. Zugleich mangelt es an «gewöhnlichen» Jobs.

*Sind viele Südsudanesen aus dem Norden zurückgekehrt?*

**Martina Santschi:** Es kehren seit 2005 als das Friedensabkommen unterzeichnet wurde laufend Südsudanesen aus dem Norden zurück. Im Vorfeld des Referendums und der Unabhängigkeit hat deren Zahl noch zugenommen. Viele Südsudanesen werden aber versuchen, im Norden zu bleiben, weil sie im Süden keine Aussicht auf eine Anstellung haben oder weil die Gesundheitsversorgung und die Bildungschancen für ihre Kinder im Norden besser sind. Dies hängt aber wesentlich davon ab, ob künftig Südsudanesen im Norden beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Spitälern und ähnlichem diskriminiert werden.

Martina Santschi arbeitet für die Schweizerische Friedensstiftung Swisspeace mit Fokus auf den Südsudan. Ihr Forschungsschwerpunkt sind Fragen zur Staatlichkeit im Südsudan.

David Lanz arbeitet für die Stiftung Swisspeace mit Fokus auf den Nordsudan. Er war für die UNO-Mission im Sudan tätig und hat 2010 für das Carter Center die Wahlen im Sudan beobachtet.

«Der Südsudan musste nach dem Bürgerkrieg fast bei null anfangen»

Martina Santschi



der UNO, Hilfswerken und kirchlichen Institutionen erbracht. In der Region Jonglei im Südosten hat man beispielsweise in ländlichen Gebieten oft kaum Zugang zur Gesundheitsversorgung. Zudem fehlt auf dem Land ein Handynetzwerk, und es gibt kaum befestigte Strassen. Behindert wird der Aufbau auch dadurch, dass im Südsudan Fach-



Südsudan beginnt auf bescheidenem Entwicklungsniveau: Aufnahme aus einer Hüttensiedlung in der Hauptstadt Juba. Bild: key

«Die Erklärung, dass es um die Ölvorkommen in Abyei gehe, greift zu kurz»

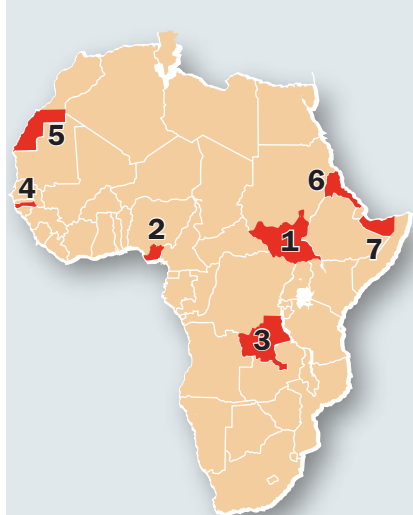
David Lanz



Süden zu bringen. Der Einmarsch war also nicht Teil einer breiten Kriegsstrategie. Khartum rechnete damit, dass der Süden militärisch nicht reagiert, um die bevorstehende Unabhängigkeit nicht aufs Spiel zu setzen.

**Martina Santschi:** Hinzu kommt, dass der Norden damit möglicherweise versuchte Stärke zu demonstrieren, um Darfur oder anderen Regionen

## GRENZKONFLIKTE IN AFRIKA



- 1 Südsudan
- 2 Biafra (Nigeria)
- 3 Katanga (Kongo)
- 4 Casamance (Senegal)
- 5 Westsahara (von Marokko annektiert)
- 6 Eritrea
- 7 Somaliland

## Koloniale Grenzen nicht länger tabu?

**ZÜRICH.** Die Grenzen aus der Kolonialzeit gelten in Afrika als unantastbar. Durch die Unabhängigkeit Südsudans wird an diesem Prinzip gerüttelt.

PHILIPP HUFSCHMID

Wenn der Südsudan am kommenden 9. Juli unabhängig wird, hat das für ganz Afrika grosse Bedeutung. Denn mit der Staatsgründung werden Grenzen aus der Kolonialzeit mit Billigung der Afrikanischen Union (AU) verändert – erst zum zweiten Mal seit Beginn der Entkolonialisierung. Denn die afrikanischen Staatsscheffe hatten 1964 den Grundsatzentscheid gefällt, dass keine Grenzen aus der Kolonialzeit angetastet werden sollten. Der Grund dafür war, dass man einen Dominoeffekt befürchtete, bei dem immer mehr Grenzen in Frage gestellt würden, was die Gefahr von bewaffneten Konflik-

ten massiv erhöhte. Nun akzeptiert die AU also einen neuen Grenzverlauf im Südsudan. Markiert das eine Abkehr vom Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen in Afrika?

### Südsudan als Sonderfall

Christoph Marx, Professor für ausser-europäische Geschichte an der Universität Duisburg-Essen, ist überzeugt, dass die AU am Prinzip festhalten wird. Der Südsudan werde von den afrikanischen Staaten als Sonderfall betrachtet, indem die friedliche Sezession mittels Unabhängigkeitsreferendum als innerstaatliche Einigung interpretiert werde.

Wie die AU rechnet Marx nicht damit, dass der Südsudan Signalwirkung für weitere Abspaltungen entfalten wird. «Es gibt erstaunlich wenige echte Sezessionsbestrebungen in Afrika, und die meisten sind gescheitert.» Als Beispiele nennt er Biafra, das nach einem Krieg 1970 bei Nigeria

verbleiben musste, und die ebenfalls rohstoffreiche Region Katanga, die mit Hilfe von Uno-Truppen wieder in den Kongo integriert wurde. Die Situation in der südsenegalesischen Region Casamance vergleicht Marx mit jener in den Kurdengebieten der Türkei. In beiden Fällen liessen sich die Konflikte mit mehr Autonomie beilegen.

### Reaktivierte Kolonialgrenzen

Insgesamt sind seit der Entkolonialisierung Afrikas – von der Annexion der Westsahara durch Marokko abgesehen – nur in zwei Fällen koloniale Grenzen dauerhaft verändert worden. Wie Marx betont, wurden dabei nicht etwa neue Grenzen gezogen, sondern lediglich ältere koloniale Grenzen reaktiviert. So umfasst Eritrea, das 1993 nach einem jahrzehntelangen Krieg von Äthiopien unabhängig wurde, das Gebiet der ehemaligen italienischen Kolonie Eritrea. Und das Territorium von Somaliland, das sich 1991

von Somalia lossagte, bislang aber von keinem Staat anerkannt wurde, entspricht der einstigen Kolonie Britisch-Somaliland.

Marx widerspricht der gängigen Meinung, die kolonialen Grenzen seien ein Problem. «Bei vielen Europäern spukt noch immer die Vorstellung von natürlichen Grenzen herum.» Auch in Europa seien die Grenzen künstlich. In Afrika falle es nur deshalb auf, weil sie oft mit dem Lineal gezogen wurden. Selbst in Ländern mit diversen ethnischen Identitäten wie der Kongo oder Angola werde die territoriale Integrität nicht in Frage gestellt. Das Problem seien vielmehr die strukturellen Schwächen der Staatlichkeit in der Peripherie, wo minimale Anforderungen an einen Staat nicht erfüllt sind und sich so Rebellen Gruppen bilden können, die dann von der Peripherie her das ganze Land erobern, wie das Yoweri Museveni im Jahr 1986 in Uganda als Erster tat.